

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Beleg: Tageblatt Sorau-Niederlausitz

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christiansstadt a. B.

Fernsprecher Nummer 22 und 37.

Politsch.-Ronto:
Nr. 554 Berlin R.W. 7

Ämtliches Nachrichtenblatt der Stadt Halbau.

Giro-Ronto
bei der Reichsbank

Arbeitsgemeinschaft (Freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis: Das „Sorauer Tageblatt“ folgt bei Abholung in unseren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— RM., bei der Post abgeholt monatlich 2,20 RM., durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 RM., mehr, im Wochenbezug in unserer Geschäftsstelle 60 RM., — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitslosigkeit oder Auswanderung hat der Besteller keinen Anspruch auf Rückerstattung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigen: Die 8spaltige Kolonelle im Einzelstiel je Millimeterhöhe 8 Reichspennig. Im Reklameteil die 4spaltige Kolonelle je Millimeterhöhe 35 Reichspennig. Für Anzeigen durch Fernsprecher aufzugeben 10%, aber nicht mehr als 60 Reichspennig, für Anzeigen mit höherem Satz 25% und für Anzeigen, bei denen mehrere Firmen gemeinsam inserieren, 100% Aufschlag. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei telefonischer Aufnahme von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach letztem Tarif. Bei Zahlungsvorzug und bei Kontanten erhöht jeder Unspruch auf denselben.

Nummer 260

Sonabend-Sonntag, den 3./4. November 1928.

118. Jahrgang

Direkte Verhandlungen im Konflikt in der Eisenindustrie?

Es ist eine furchtbare Lage, in die uns der Reichsarbeitsminister Wißlaff hineinandergerast hat: durch den Lohnkampf in der westdeutschen Eisenindustrie sind fast eine Viertelmillion Menschen arbeitslos, also mindestens eine Million drohtlos geworden. Wir stehen mitten in dem größten Wirtschaftskampf, den Europa in der Nachkriegszeit gesehen hat, wir stehen an seinem Anfang, ohne das Ende abzusehen, denn die Eisenindustrie ist wieder der Hauptverbraucher des Rohenerzbergbaus, dem er ein volles Drittel seiner Produktion abnimmt. Wenn also die eisenhaltige und eisenverarbeitende Industrie auf lange Zeit still gelegt wird, dann ist der Augenblick abgesehen, wo auch die Bergwerke mit immer steigenden Kosten arbeiten müssen. Nun ist es eine Binsenwahrheit, daß der Lohnkampf im Wirtschaftsleben nicht ausgeglichen werden kann. Es wird immer fröher gehen, in denen die Gegenläufe sich zu weit ausgeglichen haben, daß eine Krisisprobe unvermeidlich wird. Aufgabe des Staates aber sollte es sein, dieses Risiko zumutlich einzuführen. Und es will uns scheinen, als ob diesmal der Reichsarbeitsminister — der ja auch im Kabinett ausschließliche Verantwortlichkeit für seine Person beansprucht und jedes Scheitern abgelehnt hat — nicht alles getan hat, um die gewalttätige Auslösung zu verhindern.

Als laudender Dritter freut sich der Engländer, der die deutsche Konkurrenz los ist, er wird sich eifrige Mühe geben, die Deutschen aus ihrem Geschäftsbereich zu verdrängen, so daß, wenn endlich die Arbeit wieder angeht, er immer noch viel Zeit, d. h. bis die Wunden sich schließen, die dieser Kampf den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern und der gesamten deutschen Wirtschaft schlägt.

Nur drei Betriebe arbeiten noch.

Von beteiligter Seite erfahren wir aus Essen, daß ansehend direkte Verhandlungen angehängt worden seien, um den Konflikt in der nordwestdeutschen Eisenindustrie aus der Welt zu schaffen, und man bezeichnet es als möglich, daß sie zu einem Ergebnis führen, noch ehe die Arbeitsgerichtsbarkeit in erster und in letzter Instanz über die Anfechtung der Verbindlichkeitsklärung entschieden hat.

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Essen: Nachdem die Ausperrung im Bezirk Nordwest durchgeführt worden ist, sind nur noch drei Betriebe vorhanden, die weiter produzieren, und zwar handelt es sich dabei um zwei Firmen, die dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe nicht angehören, und die Maschinenfabrik G. & A. P. in Dortmund, die zwar dem Arbeitgeberverband angeschlossen ist, die aber weiter arbeitet, weil das Unternehmen größere Auftragsaufträge auszuführen hat und sämtliche Konkurrenzfirmen außerhalb des Ausperrungsgebietes ihren Sitz haben. Die Werte zeigen ihren Verfall: die Löhne nach den Sätzen des neuen Schiedsspruches.

Düsseldorf, 2. Nov. Die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe veranlassen sich heute nachmittag in Essen zu einer Aussprache über die augenblickliche Lage. In Arbeitgeberkreisen wartet man auf den Ausgang der Beratungen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, die heute nachmittag in Berlin stattfinden sollen. Als die Arbeitnehmer heute morgen nach Meldungen der Gewerkschaften vor den einzelnen Fabriken erschienen, um die Arbeit aufzunehmen, fanden sie keinen Einlass. Die Werte haben sämtliche Betriebe stillgelegt, die Feuerung gestoppt und sogar ihre Schirme heruntergelassen. Auch Postanstalten arbeiten nicht verrichtet werden. Das Straßenbild in den Industrieorten ergibt durch die vor den Fabriken und in einzelnen Versammlungslokalen sich anammelnden Arbeiter eine besondere Note. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen, da alles nach Anweisungen der Gewerkschaften ruhig und besonnen ist. Die Gewerkschaften geben an, daß die Gegenmaßnahmen der Arbeitgeber sie nicht treffen könnten, da im westlichen Bezirk nur ein Viertel der Arbeitnehmer organisiert ist. Die

Sauptlast der augenblicklichen kritischen Lage würde von den Nichtorganisierten getragen. In den letzten Tagen haben die Gewerkschaften außerordentlich großen Zulauf von bisher noch nicht organisierten Arbeitnehmern erfahren. In einem Aufruf der Gewerkschaften wird erneut auf den Ernst der Lage hingewiesen und aufgefordert, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis eine geordnete Regelung erfolgt.

Eine Erklärung der Ruhrindustriellen.

Düsseldorf, 2. Nov. (Radiofunkgramm.) Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe nahm in seiner heutigen Sitzung zu der Begründung der Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium Stellung. Wie hierüber verlautet, hält der Vorstand es für erlaublich, daß das Reichsarbeitsministerium in seiner Begründung nur mit allgemeinen und kurzen Hinweisen über die wichtigsten Fragen hinweggehe und in so dürftiger Weise einen Schiedsspruch von solcher Tragweite der Öffentlichkeit gegenüber zu begründen suche. Der Kernpunkt des ganzen Problems, daß nämlich die westdeutsche Industrie im Rhein-Ruhr-Gebiet nicht in der Lage sei, eine Lohnhöhe zu tragen, welche überhöht ist. Auch nach der rechtlichen Seite hin sei die Begründung des Reichsarbeitsministeriums in seiner Weise nicht haltbar. Die Auffassung des Reichsarbeitsministeriums könne lediglich als die einer am dem Streit interessierten Verwaltungsbehörde gemeldet werden.

Die Wichtigkeitslage seitens des Arbeitgeberverbandes sei bereits eingeleitet worden.

Die Arbeitgeber-Denkchrift wird zurückgeschickt.

Zu den Vorklären der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die auf eine Einschränkung des Schlichtungsweises hinauslaufen, wird mitgeteilt, daß das Reichsarbeitsministerium sich die Meinung des Konflikts in der Eisenindustrie abwarten will, es sich mit dem Plan einer Preisstiegsstelle befaßt.

Die Sitzung der Geschäftsleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Berlin, 2. Nov. Heute nachmittags tagten hier die Geschäftsleiter der verschiedenen Bezirksverbände des Deutschen Metallarbeiterverbandes, um über die durch die Ausperrungen in der Stahlindustrie geschaffene Lage zu beraten. Nach Berücksichtigung vom Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurden in längerer Aussprache die Maßnahmen beraten, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband gegen den Ausperrungsbeschluss der Arbeitgeber durchgeführt werden sollen.

Kommunistischer Antrag am Einberufung des Reichstages.

Berlin, 3. Nov. (Radiobericht des „S. T.“) Wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. erfährt, hat die kommunistische Reichstagsfraktion jenseits einen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages aus Anlaß der Arbeiterausperrungen im Ruhrgebiet eingebracht. Reichstagspräsident Loebke wird trotz des kommunistischen Antrages die Dispositionen für den Reichstag kaum ändern; denn bekanntlich sind schon alle Vorbereitungen für das Wiederzusammentreten des Reichstages am 13. November getroffen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß Präsident Loebke den Reichsterrat in einigen Tagen einberuft.

Das Präsidium des Reichs-Landbundes beim Reichsfinanzminister.

Am ersten November wurde das Präsidium des Reichs-Landbundes vom Reichsfinanzminister empfangen. Die Vertreter des Reichs-Landbundes schilderten die Notlage vieler Kreise der Landwirtschaft und wiesen insbesondere daraufhin, daß trotz guter Ernte die Rentabilität der Landwirtschaftlichen Betriebe keineswegs wiederhergestellt sei.

„Graf Zeppelin“ Montag in Berlin.

Ankunft in Berlin zwischen 8 und 9 Uhr vormittag. — Offizieller großer Empfang durch Regierung und Magistrat. — Rückfahrt am Dienstag.

Berlin, 2. Nov. Das Reichsverkehrsministerium teilt mit, daß Dr. Goerner mit der Befahrung des Amerikafluges im Luftschiff „Graf Zeppelin“ am Montag der Reichshauptstadt seinen Besuch machen wird.

Das Programm wird, wenn die Wetterverhältnisse die planmäßige Durchführung des Fluges gestatten, folgendes sein:

1. Das Luftschiff trifft zwischen 8 und 9 Uhr morgens über Berlin ein und wird über der Stadt kreuzen.
2. Um 9 Uhr vormittags wird das Luftschiff in Stanken landen und am Unterraum festgelegt werden. Die Landung gilt als eine Veranstaltung des Luftschiffplans Zeppelin, welcher für weitestgehenden Besuch gegen geringes Eintrittsgeld Vorzüge trifft.
- Das Luftschiff wird in Stanken durch den Reichsverkehrsminister v. Guérard, den Preussischen Handelsminister Dr. Schreiber und den Oberbürgermeister Böß begrüßt werden. Der Reichsverkehrsminister und der Preussische Handelsminister werden von den Beamten ihrer Ministerien, sowie von dem zuständigen Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und Landesdirektor begleitet sein.
3. Im Anschluß an die Landung findet der Empfang in Berlin durch Heerstraße, Kaiserdam, Charlottenburger Chaussee, Brandenburger Tor, Unter den Eichen, Wilhelmstraße statt. Die Zeppelin-Wannschaft wird im Hotel „Der Kaiserhof“ als Gast be-

Reichsregierung für den Tag Wohnung nehmen. In der Nacht werden sich alle Teile der Besatzung auf dem Schiff befinden.

4. Um 12,30 Uhr findet ein Empfang der Besatzung beim Herrn Reichspräsidenten statt.
5. Um 1,30 Uhr nachmittags geben Reichsverkehrsminister v. Guérard und Frau v. Guérard ein Frühstück in den Gesellschaftsräumen des Reichsverkehrsministeriums, an welchem der Reichskanzler, der Reichsminister, Preussischer Staatsminister, der Reichstags- und Landtagspräsident, führende Parlamentarier, der amerikanische Botschafter und Männer der Luftfahrt, Wirtschaft, Wissenschaft und Presse teilnehmen.
6. Um 7 Uhr abends wird die Stadt Berlin die Zeppelinbesatzung durch eine Festvorstellung im Opernhaus ehren; gegeben wird voraussichtlich „Figaros Hochzeit“ von Mozart. Im Anschluß an die Festvorstellung plant, wie wir hören, die Stadt Berlin noch die Bewirtung der Gäste in den Räumen der Oper.
7. Die Abfahrt von Stanken findet am Dienstag in den frühen Morgenstunden statt.

Da den größeren Entemern erheblich niedrigere Preise gegenüberstehen. Der Reichsfinanzminister erkannte auch seinerseits die schwierige Lage der Landwirtschaft an und sagte zu, im Rahmen des Möglichen zu helfen. Insbesondere soll es bei den immer noch geltenden Milderungsvorschriften bleiben.

Zwangsvorkehrungen wegen Steuererhebungen sollten nach Möglichkeit vermieden werden und die Finanzämter hierbei Rücksicht auf die Zahlungsfähigkeit des einzelnen Landwirts nehmen. Die Regelung der periodischen Grundsteuerbesetzung erkaufte er auch als vorübergehend, sei aber von sich aus nicht in der Lage, der Gesetzgebung vorzutreten und von sich aus im Verwaltungswege irgendwas einzugreifen.

Gegen die Befestigung der Rentenbankgrundschuldbücheln mußte er dagegen die bestimmten ausposaunenden Besenken geltend machen. Ueber neue Steuerpläne sei noch kein Bescheid gefaßt. Jedenfalls würde auch hierbei auf die Landwirtschaft Rücksicht genommen werden. Das Steuervereinfachungsgesetz hoffe er baldigt dem Reichstage vorlegen zu können. Mit diesem Gesetz, welches auf Vereinfachung und Bergleichbarkeit der Realverleihen abziele, glaube er wenigstens einen Schritt zur Regelung des Realverleihenproblems zu tun.

Ausföhrungen polnischer Studenten in Lemberg.

Warschau, 3. Nov. (Radiobericht des „S. T.“) In Lemberg kam es gestern abend zu Zusammenstößen zwischen polnischen nationalitätlichen Studenten und Ukrainern. Die polnischen Studenten rissen den ukrainischen Studenten die Mägen vom Kopfe, da sie sich durch deren Farben provoziert fühlten. Dann begaben sie sich in die Rutkensische Straße und schlugen in den Gebäuden der ukrainischen Unternehmungen Prospekt-Duisch und deren Zeitung „Dilo“ Fensterheben ein. Eine andere Gruppe polnischer Nationalisten drang in die Redaktion der ukrainischen Wochenschrift „Ruch Pans“ ein und zerstörten die Einrichtung. Eine weitere Gruppe warf in den Räumen des ukrainischen Nationalheims die Stühle ein. Um 10 Uhr abends versammelte sich die Gruppe der Nationalisten vor dem Wladimir-Denkmal, um dort das bekannte polnische nationalitätliche Lied „Mata“ zu singen. Hierauf lösten sich die Demonstrationen auf.

Rücktritt des amerikanischen Botschafters in London.



H. W. Soughton, Botschafter der Vereinigten Staaten von Nordamerika in London, ist von seinem Posten, den er seit 1925 bekleidet hatte, zurückgetreten. Zuvor war er von 1922 bis 1925 Botschafter in Berlin und hat viel zu der Anbahnung neuer freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika beigetragen. Soughton ist 65 Jahre alt, studierte an den Universitäten Göttingen und Berlin, war zwanzig Jahre lang Führer großer Industrieunternehmen und 1918–23 Mitglied des Kongresses. Nach seiner Rückkehr dürfte er zum Mitglied des Senats gewählt werden.